

Fortsetzung von Seite 4

knappen, wenn aus der Info-Schwemme eine Geld-Lawine werden soll. Das lässt sich aber nur mit Repression und Eingriffen ins Privatleben bewerkstelligen.

Dabei kann man auf eine Ausweitung des Eigentumbegriffes zurückgreifen, die sich stufenweise während der letzten 200 Jahre vollzogen hat: Nachdem man im Frühkapitalismus unter Eigentum lediglich materielle Dinge – Gegenstände und Immobilien – verstanden hatte, führte die Errichtung eines zunächst national, dann zunehmend transnational organisierten Patent- und Urheberrechtsregimes ab Ende des 18. Jahrhunderts zur Etablierung von so genanntem geistigen Eigentum.

Ursprünglich konnte Copyright nur für die Gesamtheit eines Werkes geltend gemacht werden: für ein Gemälde oder einen Musiktitel. In der Folge wurde das Copyright jedoch immer stärker ausgeweitet, und heute kann eine Musikern schon Schwierigkeiten bekommen, wenn sie nur eine Viertelsekunde eines Tracks sampelt.

Dieselbe Entwicklung ist bei den Patenten zu beobachten: Zunächst waren nur bedeutende technische Neuerungen oder grundlegend neue Ideen patentierbar; nach dem Zweiten Weltkrieg wurden jedoch immer kleinere Bestandteile immer komplexerer Systeme patentiert. Immer häufiger kommt es vor, dass mehrere Patent-InhaberInnen Patente auf dasselbe technische Detail besitzen, weil die Systeme so komplex geworden sind, dass selbst die SpezialistInnen der Patentämter nicht mehr durchblicken. Neuerdings gelten sogar Gen-Sequenzen als patentierbar, wobei diese bekanntermaßen keine Erfindungen mehr sind, sondern Entdeckungen.

Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich bei Computer-Software, seit die Europäische Kommission im Februar den Entwurf für eine Richtlinie über die Patentierbarkeit computerimplementierter Erfindungen vorgelegt hat. Bisher war Computer-Software – um die geht es hier nämlich im wesentlichen – vom europäischen wie von den nationalen Patent-Regimen ausgenommen, und zwar aus gutem Grund: Computer-Programme sind zusammengesetzt aus oft Tausenden von Algorithmen, kleinen, in einander greifenden Rechenoperationen. Viele dieser Algorithmen sind weit verbreitet; sie gelten gewissermaßen als Standard-Lösungen für Standard-Probleme. Würde ein Konzern massenhaft solche Algorithmen patentieren, könnte er damit nach und nach allen anderen das Wasser abdrehen. Und das beträfe nicht nur die Konkurrenz, sondern auch

WIPO: World Intellectual Property Organisation. Der mittlerweile der UN unterstellten Organisation, deren Geschichte bis ins 19. Jahrhundert zurück reicht, gehören zur Zeit 178 Staaten an. Sie versteht sich als Wächterin über 26 Verträge, in denen die weltweite Zusammenarbeit in Copyright-Fragen festgehalten ist. Die beiden jüngsten Verträge beschäftigen sich vor allem mit dem Komplex Copyright und Internet.

Cybercrime-Konvention: Die im letzten Jahr vom Europarat verabschiedete Konvention muss jetzt in dessen 41 Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden. Sie stellt unter anderem das Umgehen technischer Kopierschutz-Maßnahmen unter Strafe.

EU-Copyright-Direktive: In dem Papier mit der Dokumenten-Nummer 2001/29/EG wird ebenfalls das Umgehen von Kopierschutz unter Strafe gestellt; außerdem wird ein rechtlicher Rahmen für so genanntes Digital Rights Management angestrebt. Im Sommer 2001 vom Rat verabschiedet; muss jetzt in nationales Recht umgesetzt werden.

EU-Direktive zum Gemeinschaftspatent: Vom EU-Parlament noch nicht verabschiedet; der Entwurf der Kommission nimmt erstmals Software nicht mehr ausdrücklich vom Patent-Regime aus. Ich habe Änderungsanträge eingebracht, um Software auch weiterhin patentfrei zu halten.

EU-Direktive zur Patentierbarkeit computer-implementierter Erfindungen: kurz Software-Patent-Direktive. Soll die Details der Software-Patentierung regeln. Ebenfalls noch nicht verabschiedet.

Digital Millennium Copyright Act: Auch dieses US-Gesetz richtet sich unter anderem gegen das Knacken von Kopierschutz. Es ist für EuropäerInnen auch deswegen interessant, weil das Vergehen nicht in den USA begangen worden sein muss: Der russische Programmierer Dmitrij Sklyarov saß in den USA mehrere Monate in Untersuchungshaft, weil er ein Programm zur Umgehung des eBook-Kopierschutzes geschrieben hatte – was gegen den DMCA verstößt, aber in Russland nicht verboten ist.

SSSCA: Security Systems Standards and Certification Act: Dieser US-Gesetzesentwurf geht noch einen Schritt weiter als der DMCA. Er verbietet den Verkauf von Computer-Ausrüstung, die nicht mit geeigneter Hardware das Abspielen, Kopieren und Weitergeben Copyright-geschützter Inhalte verhindert.

EntwicklerInnen, die ohne Lohn Freie Software programmieren, die sie dann der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Für Projekte wie GNU/Linux könnte das langfristig das Aus bedeuten.

Damit wäre man dem Ziel wieder einen Schritt näher gekommen, dass auf den Computern der BenutzerInnen nur noch Software läuft, die dem immer enger verschmelzenden industriell-politischen Komplex aus Überwachungs- und StandortpolitikerInnen einerseits sowie vielen Unternehmen der IT-Branche andererseits entstammt. Denn, auch wenn die EU-Kommission öffentlichkeitswirksam immer wieder mit einem Kartellverfahren gegen den Quasi-Monopolisten für Betriebssysteme droht: Auf Treffen,

bei denen über Themen diskutiert wird, die beiden Seiten so am Herzen liegen wie Software-Piraterie oder die Überwachung des Internet, findet man die KommissionsbeamtlInnen dann wieder traulich Seit' an Seit' mit den Abgesandten der IT-Industrie. Wie eng die Zusammenarbeit sein kann, zeigte eine Entwurfsfassung der Richtlinie zur Software-Patentierung, die vor einigen Wochen in Brüssel kursierte: Die Word-Datei war zuletzt vom Brüsseler Geschäftsträger der »Business Software Alliance« bearbeitet worden, des Dachverbandes, in dem alle Großen der Branche organisiert sind. ◀

Termine

◉ 17.04.2002, weltweit

International »Day of Farmers Struggle«
<http://www.virtualask.com/via/>

◉ 21. – 22.06.2002, Sevilla (Spanien)

EU-Gipfel
<http://barcelona.indymedia.org/>

◉ 26. – 28.06.2002, Alberta (Kanada)

G8-Treffen
<http://alberta.indymedia.org>

<http://g8.activist.ca/>

◉ 19. – 28.06.2002, Strasbourg (F)

International noborder-actioncamp
<http://www.noborder.org/camps/02/int/display.php?id=78>

◉ 12. – 13.12.2002, Kopenhagen (Dänemark)

EU-Gipfel

Wussten Sie schon?

In Kanada soll demnächst eine Sondersteuer von 21 kanadischen Dollar (ca. 15 Euro) auf jedes Gigabyte Speicherkapazität eines MP3-Players erhoben werden: Für Apples iPod bedeutet das eine Sonderabgabe von 75 Euro. Das Geld soll ohne weitere Gegenleistung direkt an die Musikindustrie überwiesen werden – unabhängig davon, ob das Gerät nur zum Abspielen Copyright-freier Musik verwendet wird, die es im Internet mittlerweile massenhaft gibt.

Europas Feind im Inneren

*Campanya contra l'Europa
del Capital, Catalunya 2002*
<http://www.pangea.org/campanyaUE/>

Indymedia Barcelona
<http://barcelona.indymedia.org/>

*Infodienst über spanische
EU-Protestaktivitäten*
www.antiue.net

*Sonderseiten von »Die
Linke Seite« zu Barcelona*
www.linkeseite.de/sonderseiten/barcelona2002.htm

Weitere Infoseiten
<http://eu-bc.chatsubo.org>
<http://www.otromundoesposible.org>
www.redconvoz.org

*Offizielle Seite der spanischen
EU-Ratspräsidentschaft mit allen
offiziellen Dokumente,
Reden, etc.*
www.ue2002.es

*Ilka Schröder zur Abschotung
Europas und
Repression*
<https://www.ilka.org/themen/fe.html>

*Ilka Schröder zum
Überwachungsstaat*
<https://www.ilka.org/themen/infotech.html>

■ **Einige islamistische Staaten**, die eigentlich eher als Täter denn als Verbündete gelten sollten, arbeiten in der Allianz gegen den Terror mit. Die Al Qaida ist besiegt. Als Feinde des Anti-Terror-Kampfes scheinen jetzt nur noch die so genannten Krawallmacher und Terroristen der Anti-Globalisierungsproteste und der radikalen Linken zu existieren. Die spanische Regierung hatte schon im Vorfeld des Barcelona-Gipfels die ganze Palette staatlicher Repression aufgeföhren: Verhaftungen und Häuserräumungen in der Besetzerszene Barcelonas und Madrids, Niederschlagung studentischer Proteste in Sevilla, Observierung der Internet-Server antikapitalistischer Bewegungen, verschärfte Grenzkontrollen, und nicht zuletzt die Einführung spezieller Polizeitruppen zur Bekämpfung des angeblichen Demonstrations-Terrors. Das Schengener Abkommen über den freien Personenverkehr für Bürger der Mitgliedsstaaten wurde wieder einmal vorübergehend aufgehoben.

Schon Tage vor dem Gipfel in Barcelona wurde die Polizei in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. 3.000 PolizistInnen sollten die »Rote Zone« des für den Verkehr gänzlich gesperrten Gebietes rund um den Veranstaltungsort festungsartig absichern, weitere 5.000 den Pro-

test im restlichen Stadtgebiet bekämpfen. Mit der »Operation Indigo« sollte sichergestellt werden, dass mehrere Tausend DemonstrantInnen gar nicht erst in die Stadt gelangen konnten. Berittene Polizeieinheiten und Hubschrauberflüge über der Avenida Diagonal rundeten das Bild ab.

Dieses planmäßige Genua-Szenario dient als Drehbuch für weitere Inszenierungen des europäischen Sicherheitsstaates und liefert in seiner Gesamtheit einen Ausblick auf alle zukünftigen Gipfeltreffen in der EU. Das Drama des neuen europäischen Junta-Regimes besteht aus fünf Akten. Erster Akt: Die Grenze wird dicht gemacht, die ProtagonistInnen bekommen damit gar nicht erst das Recht, auf der Bühne des Protests aufzutreten. Zweiter Akt: Die Infrastruktur von Schlafplätzen, Email-Listen und Treffpunkten wird vor dem Gipfel platt gemacht. Dritter Akt: Der Treffpunkt der Herrschenden wird zur totalen no-go-area erklärt und als »rote Zone« zur Polizeifestung ausgebaut. Vierter Akt: Wer dennoch protestiert – und sei der Protest auch noch so harmlos – muss damit rechnen, erschossen zu werden. Fünfter Akt: Nach erfolgreichen Polizeikrawal-

Wer die DENKPAUSE im Abo bekommen will, kann sie unter abodatei@ilka.org oder den im Impressum genannten Kontaktdaten kostenlos bestellen – Abbestellungen bitte an die gleiche Adresse.

len ertönt die Fanfare der SicherheitspolitikerInnen, die schärfere Massnahmen, mehr Polizei und ein härteres Vorgehen gegen den Feind im Inneren fordern.

Die spanische EU-Ratspräsidentschaft macht damit ernst, das Programm gegen ihren inländischen Terrorismus zu europäisieren. Politischer Aktivismus und soziale Bewegungen werden direkt mit Terrorismus gleich gesetzt. Sie weiß dabei die GeheimdienstlerInnen und Polizeichefs Europas auf ihrer Seite. Ein internes Arbeitspapier der europäischen Polizeikoordination stellt klar: »Das Ziel eines geheimdienstlichen Austausches auf europäischer Ebene ist es, das Entstehen eskalierter Situationen bei künftigen Konferenzen der EU und anderer internationaler Organisationen vermeiden zu helfen und den gewalttätigen, urbanen, jugendlichen Radikalismus strafrechtlich zu verfolgen.«

(Ratsdokument Nr. 5712/02 ENFO-POL 18, 29.1.2002) ◀

Ungehorsam gegen staatlichen Rassismus

■ **Wenn der letzte Flüchtling** abgeschoben und die Schengen-Außengrenzen hermetisch abgedichtet sind, will wieder keineR was gewusst haben. Dafür, dass es auch anders geht, hat es in letzter Zeit zahlreiche Beispiele gegeben. Als am 08.01.2002 morgens um 5:30 Uhr die Bremer Ausländerpolizei

Belagerung & Fahndung

mit einer Sondertruppe bei der staatenlosen, aus dem Libanon stammenden kurdischen Familie Z. anrückte, um sie in die Türkei abzuschieben, waren die DemonstrantInnen vorher da: Rund 120 Personen hatten aus dem Schrott des vorangegangenen Weihnachtsfestes Barrikaden gebaut, um den PolizistInnen den Zugang zu der 9-köpfigen Familie zu verwehren. Dabei harmonisierten die glitzernden Outfits der radikalen Cheerlea-

derInnen von »Pink Silve«r hervorragend mit dem Lametta der verwelkenden Christbäume. Die Abschiebung musste nach einer rund dreistündigen Belagerung des Hauses in der Bremer Neustadt zumindest für diesen Tag abgeblasen werden; nach der Familie Z. wird jetzt gefahndet. Rund 500 weitere staatenlose KurdInnen sind in Bremen nach wie vor akut von der Abschiebung bedroht.

Drei Wochen später gelang es DemonstrantInnen in der Schweizer Hauptstadt Bern, während einer Kundgebung die Gitterstäbe an einem Fenster des Regionalgefängnisses durch zu sägen und so einen Kurden aus dem Knast zu befreien. Der Mann, der als papierloser so genannter Illegaler in der Schweiz lebt,

war einen Tag vorher festgenommen worden, als er im Berner Rathaus eine Debatte des Kantonsparlaments über einen Vorstoß zu Papierlosen verfolgen wollte.

Dass man mit dergleichen Aktionen auch etwas riskiert, kriegen zur Zeit 18 Mitglieder des Collectif contre les expulsions (Bündnis gegen Abschiebungen) in Brüssel zu spüren. Am 19. März mussten sie im Brüsseler Justizpalast vor das Gericht treten. Die insgesamt 22 Anklagepunkte, die ihnen zur Last gelegt werden, umfassen neben üblichen Demo-Delikten wie gefährlichem Eingriff in den Straßenverkehr, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung und Verstoß gegen das Bannmeilen-Gesetz auch Gefangenenbefreiung. ◀

*Nicht so ungehorsam:
Parlamentarische
Anfragen zur Polizei-
willkür in der EU?*

*Schriftliche Anfrage an den
Rat mit Vorrang (Art. 44
Abs 5)*

*Verhaftung von Sr. Rodriguez
Fernández unter Be-
teiligung von EUROJUST*
<http://www.ilka.org/themen/fe/fernandez.html>

*Schriftliche Anfrage an den
Rat (Art. 44), 13.02.02*
*Durchsuchung des besetzten
Hauses »Vrankrijk« in
Amsterdam durch die nieder-
ländische Polizei*
<http://www.ilka.org/themen/fe/vrankrijk.html>

Denkpause

01.02
25.03.02
Nr. 17

GUE/NGL

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT

• Osterweiterung ohne Benes > S. 2 • Patentrezepte für die Überwachung > S. 4 • Termine > S. 5 • Europas Feind im Inneren > S.6 • Ungehorsam gegen staatlichen Rassismus > S.6

Wenn Enkel Politik machen

Osterweiterung ohne Benes



Neue alte Leitlinien deutscher Außenpolitik

Nach der Wiederaufnahme von deutschen Angriffskriegen gegen ehemalige Nazi-Gegner und der Aufrüstung für bessere Kriege in aller Welt will die deutsche Bundesregierung sich jetzt der EU bedienen, um auch noch die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu korrigieren. Die Vertreibung der Sudetendeutschen durch die Tschechoslowakei könnte fünfundsünfzig Jahre später mit Nachteilen für die Tschechische Republik bei der EU-Osterweiterung bestraft werden. Dabei werden – wie so oft im rot-grünen Deutschland der letzten Jahre – bewusst die Rollen von Tätern und Opfern vertauscht.

[mehr... Seite 2]

Mit Copyright und Patenten gegen Selbstbestimmung und Privatsphäre

Patentrezepte für die Überwachung

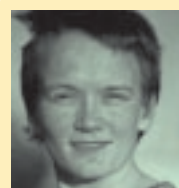
[mehr... Seite 4]

Europas Feind im Inneren

[mehr... Seite 6]

Ungehorsam gegen staatlichen Rassismus

[mehr... Seite 6]



Lieber LeserIn,

»Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft« sagt man in Deutsch-

land. In Japan dagegen sollen sie zur Pflicht geworden sein, glaubt man Aussagen von Beratungsbüchern für Menschen, die dorthin reisen wollen. »Bringen Sie Geschäftsfreunden ein kleines typisches Geschenk aus ihrer Heimat mit«, bei jedem Arbeitsessen oder Treffen sollten diese dann ausgetauscht werden. Dutzende Gartenzwerge hatte ich also für meine Termine in Tokio angeschafft. Mit japanischen Abgeordneten, Rechtsanwälten und Bürgerrechtsorganisationen diskutierte ich über die Anstrengungen, ein japanisches Überwachungsgesetz von 1999 wieder abzuschaffen und gegen das Spionagesystem Echelon vorzugehen. Die öffentliche Aufmerksamkeit hierfür ist in Japan enorm. Zu einer Veranstaltung, bei der ich über den Echelon-Ausschuss im Europäischen Parlament berichtete, kamen über 250 Menschen. Antiproportional zum hohen politischen Ergebnis verhielt sich allerdings das Interesse an den Geschenken: Die Gartenzwergepopulation nahm kaum ab und musste nach drei Tagen fast vollständig wieder nach Europa zurückreisen. Beschenkt wurde ich dann immerhin wenige Tage später in London von der Organisation »Privacy International« mit dem »Winston Award« für besondere Verdienste um die Bewahrung der Privatsphäre und den Schutz der Menschenrechte. Zwar dürfte eine solche Auszeichnung nicht so viel zählen, wie das Geschenk, von den deutschen Grünen als »dumme Gans« oder von der rechtsextremen JUNGEN FREIHEIT als »dummes Mädchen« bezeichnet zu werden, aber vielleicht gefällt es denjenigen unter Ihnen, die in der DENKPAUSE schon immer mal was Positives lesen wollten.

Ihre Ilka Schröder

Milos Zeman
im Interview des österreichischen
Nachrichtenmagazins PROFIL:

Es gab viele Greuelthaten
tschechischer Bürger an
Sudetendeutschen.

Zeman: Ja, das stimmt. Ich
war auch der erste tschechische
Politiker, der solche
Verbrechen verurteilt
hat. Aber vergessen Sie
auch nicht, dass diese
Sudetendeutschen vor dem
Überfall Hitlers tschechoslowakische
Staatsbürger
waren. Nach dem tschechischen
Recht haben viele
von ihnen Landesverrat
begangen, ein Verbrechen,
das nach dem damaligen
Recht durch die Todesstrafe
geahndet wurde. Auch in
Friedenszeiten. Wenn sie
also vertrieben oder
transferiert worden sind,
war das milder als die
Todesstrafe.

... Zu den Österreichern.
Sie waren nicht das erste
Opfer, sondern der erste
Unterstützer des meistverbreiteren
Systems in der Geschichte der
Menschheit. Bitte denken
Sie zuerst darüber nach.

... Außerdem darf man
nicht vergessen, dass die
Sudetendeutschen die
fünfte Kolonne Hitlers waren,
um die Tschechoslowakei
als einzige Insel der
Demokratie in Mitteleuropa
zu zerstören. Kann man
jetzt wirklich Versöhnung
für Verräter fordern?

Übrigens:
... wurde der ungarische
Premier Orbán ebenso wie
die österreichische Vizekanzlerin
Riess-Passer bei einem
Besuch in Washington nicht
von Präsident George W. Bush
empfangen. Die US-Botschafterin
in Budapest hatte das Überhandnehmen
antisemitischer Töne im
öffentlichen Diskurs beanstandet.

... wurden die Waffen für
den israelischen Unabhängigkeitskrieg
aus der Tschechoslowakei
geliefert.

... hat der tschechische
Ministerpräsident Milos Zeman
die Situation Israels nach dem
11. September mit derjenigen
der Tschechoslowakei bei der
Münchener Konferenz
verglichen.

Wenn Enkel Politik machen

Osterweiterung ohne Benes

Nach der Wiederaufnahme von deutschen Angriffskriegen gegen ehemalige Nazi-Gegner und der Aufrüstung für bessere Kriege in aller Welt will die deutsche Bundesregierung sich jetzt der EU bedienen, um auch noch die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu korrigieren. Die Vertreibung der Sudetendeutschen durch die Tschechoslowakei könnte fünfundsünfzig Jahre später mit Nachteilen für die Tschechische Republik bei der EU-Osterweiterung bestraft werden. Dabei werden – wie so oft im rot-grünen Deutschland der letzten Jahre – bewusst die Rollen von Tätern und Opfern vertauscht.

■ **»Vertreibung**, daran kann es keinen Zweifel geben, ist stets ein Unrecht.« sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem »Tag der Heimat« des Bundes der Vertriebenen im Jahr 2000.

Bundesaußenminister Fischer bekannte sich bereits mehrere Male zu seiner Verbundenheit mit seinen Eltern, die aus dem ungarischen Budakeszi vertrieben wurden.

Die sich in Quantität und in der Wortwahl verschärfenden Stellungnahmen für die Vertriebenen als vermeintliche Opfer verdecken immer professioneller, dass der Großteil der Sudetendeutschen eine bedeutende Stütze für die Nationalsozialisten war.

Im Oktober 1933 gründete der Turnlehrer Konrad Henlein die Sudetendeutsche Heimatfront, die später in Sudetendeutsche Partei (SdP) umbenannt wurde. Die Partei wurde von den NationalsozialistInnen aus Berlin finanziell unterstützt und agierte in enger Abstimmung mit ihnen. Bei den Gemeinderatswahlen 1938 diente sich die SdP als Statthalter der NS-Diktatur an und bekam mit diesem Programm 91 Prozent der sudetendeutschen Stimmen.

Im Münchener Abkommen von Ende September 1938 ließen die Schutzmächte Frankreich und Großbritannien mit ihrer seitdem berüchtigten Appeasement-Politik die Tschechoslowakei (CSR) fallen und verpflichteten das Land, die deutschsprachigen Gebiete Hitler zu überlassen. Der 1935 gewählte bürgerlich-liberale Präsident Edvard Benes trat aus Protest zurück.

Über Nacht begann die brutale Unterdrückung der tschechischen Minderheit durch die Sudetendeutschen. Tausende von TschechInnen mussten nach pogromartigen Ausschreitungen der Nazi-AnhängerInnen ins Landesinnere flüchten.

Der Staatssekretär des im März 1939 errichteten »Reichsprotektorats Böhmen

und Mähren«, Karl Hermann Frank, proklamierte die deutschen Pläne: »Das Ziel der Reichspolitik in Böhmen und Mähren muss die restlose Germanisierung von

»Restlose Germanisierung«

Raum und Menschen sein.« Gemäß Himmlers »Generalplan Ost« von Ende des Jahres 1941 sei es »zu erwägen, in Betracht kommende geeignete Tschechen in den sibirischen Raum zu überführen«.

Die Sudetendeutschen haben während der deutschen Besatzungszeit in Wort und Tat bewiesen, dass sie weder mit TschechInnen zusammen, noch in einem tschechischen Staat leben möchten. Was lag also näher, als sie nach der Beendigung der nationalsozialistischen Besatzung in jenen Staat zu schicken, in dem sie schon immer leben wollten – und aus jenem Staatsverband heraus, den sie in ihrer großen Mehrheit immer bekämpft haben?

Präsident Benes ordnete genau dieses nach dem Kriegsende und seiner Rückkehr aus dem englischen Exil mit den heute nach ihm benannten Dekreten an, die noch in der Zeit der Exilregierung von 1940-1945 ausgearbeitet worden waren. 1946 billigte das tschechoslowakische Parlament die Dekrete nachträglich. Zehn der 143 Erlasse beziehen sich auf die Enteignung, Vertreibung und Entrechtung der deutschen und ungarischen Bevölkerungsgruppen, die für die Kollaboration mit Hitlerdeutschland büßen sollten. Für nachgewiesene AntifaschistInnen, die sich zum tschechischen Staat bekannten, gab es »Antifa-Bescheinigungen«, die sie mit etwas Glück bekamen und mit welchen sie einer Vertreibung entgehen konnten. In einem Amnestiegesetz wurden alle im Zeitraum vom 30. September 1938 bis zum 28. Oktober 1946 als »gerechte

Vergeltung für die Taten der Okkupanten und ihrer Helfershelfer« begangenen Verbrechen für straffrei erklärt.

Die Vertreibung der Sudetendeutschen basierte jedoch nicht nur auf den Benes-Dekreten, sondern auch auf Entscheidungen, welche die Siegermächte auf der Potsdamer Konferenz getroffen hatten. Man darf also gespannt sein, ob Deutschland irgendwann diese politische Entscheidung für die Vertreibung als Hindernis für eine EU-Kooperation mit Frankreich und England ansehen wird.

Heute ist zunächst einmal die Tschechische Republik als EU-Beitrittskandidat Gegenstand deutscher, ungarischer und österreichischer Geschichtsfälschungsgelüste. Hilfreich ist dabei insbesondere das Europäische Parlament, das sich bereits öfter für die Sudetendeutschen eingesetzt hat: In einer »Entschließung zum regelmäßigen Bericht der Kommission über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt« (KOM(98)0708-C4.0111/99) vom 15.04.1999 (A4 0157/1999) forderte die Mehrheit der Abgeordneten »die tschechische Regierung im Geiste gleichlautender versöhnlicher Erklärungen von Staatspräsident Havel auf, fortbestehende Gesetze und Dekrete aus den Jahren 1945 und 1946 aufzuheben, soweit sie sich auf die Vertreibung von einzelnen Volksgruppen in der ehemaligen Tschechoslowakei beziehen.« Auf sudetendeutschen Bundesversammlungen und in rechtsextremen Publikationen hat sich das Parlament damit Anerkennung erworben.

Ein besonders engagierter Kämpfer für die Vertriebenen ist der EU-Abgeordnete Bernd Posselt, der für die CSU in der Fraktion der Europäischen Volkspartei sitzt. Er ist seit Anfang dieses Jahres Vizepräsident des gemischten parlamentarischen Ausschusses EU-Tschechische Republik und bekleidet gleichzeitig das



Amt des Bundesvorsitzenden der »Sudetendeutschen Landsmannschaft«. Dieser Verein will übrigens im Frühjahr 2002 ein Büro in Prag eröffnen. Dabei muss man sich darauf einstellen, dass die LobbyistInnen der 91-prozentigen NaziunterstützerInnen nichts mehr und nichts weniger als den Satzungszweck verwirklichen wollen: »Den Rechtsanspruch auf Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht durchzusetzen.« Posselts Aktivitäten werden abgerundet durch die Präsidentschaft in einem weiteren Verein: Der Paneuropa-Union. Zu deren Zielen zählt »ein starkes Europa, das überall in der Welt für seine Interessen und für die Ideale der Freiheit und Menschenrechte eintritt« sowie »als geistige Führungskraft Vorbild für die Völker in der Welt sein kann«.

Dass dieses Europa unter deutscher Führung stehen soll, geht zum Beispiel aus Posselts Buch »Sturmzeichen« von 1994 hervor: Er strebt für Europa eine »überregionale Rechtsordnung, die auf die Tradition des heiligen Römischen Reiches zurückgeht« an.

Wenn laut Grundsatzprogramm der Paneuropa-Union auf »ein souveränes Europa, das keiner fremden Macht untergeordnet ist« hingearbeitet wird, ist vermutlich vor allem jenes erweiterte Deutschland in den Grenzen des heiligen Römischen Reiches gemeint. Dort, wo auf der Website des Europäischen Parlaments normalerweise die Büros der Abgeordneten stehen, wird bei Posselt konsequenterweise gleich die Adresse der Paneuropa-Union genannt, in der auch andere EU-Abgeordnete von CDU und CSU engagiert sind.

Die UnterstützerInnen der Vertriebenen kommen jedoch nicht nur aus der BRD, sondern aus dem gesamten Deutschland in den Grenzen von 1942: In Österreich verbreitet zur Zeit von FPÖ und andere rechte HeimatschützerInnen mittels eines vorgeschobenen Volksbegehrens gegen das tschechische Atomkraftwerk Temelin anti-tschechische Stimmung. Österreichs Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer (FPÖ) will vor einem EU-Beitritt die Frage der Benes-Dekrete klären, Kanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) will sie zu »totem Unrecht« erklären lassen, was zivilrechtliche Forderungen offenlassen würde.

Ein weiterer alter Verbündeter der Sudetendeutschen und ebenfalls EU-Beitrittskandidat ist Ungarn, das während des Zweiten Weltkriegs mit Nazi-



CSU-Mann Bernd Posselt

Deutschland verbündet war. Der ungarische Außenminister Martonyi setzte sich mit seinem Ministerpräsidenten Orban für die Streichung der Dekrete ein. Die österreichische Außenministerin Benita Ferrero-Waldner unterstützte Ungarn daraufhin mit ihrer Bemerkung, dass »angesichts der doch weit fortgeschrittenen Diskussionen im Rat über die Kosten der Erweiterung« die »Beitrittsverhandlungen mit Ungarn weiter ohne Verzögerungen« voran und alsbald zum Abschluss gebracht werden können (FAZ 08.03.2002).

Nicht nur die österreichischen RechtspopulistInnen suchen nach neuen Verbündeten in der EU. Auch der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber war in Ungarn und hat sich für dessen vorrangige Aufnahme in die EU ausgesprochen.

Wie in Deutschland, so ist man sich auch in Österreich über die politischen Lagergrenzen hinaus einig: Der für die SPÖ gewählte parteilose Europa-Abgeordnete Hans-Peter Martin spricht schon davon, Tschechiens EU-Beitritt könnte »kippen«. Die konservative Europaabgeordnete Ursula Stenzel (ÖVP), Vorsitzende der Tschechien-Delegation im EU-Parlament, warnt unmissverständlich, dass »niemand vergessen sollte, dass das Europaparlament das letzte Wort bei der Aufnahme neuer EU-Mitglieder hat« (DIE PRESSE 01.03.2002).

Diese Drohung mit politischen Mitteln erscheint zur Zeit wirkungsvoller als eine juristische Vorgehensweise. Gelegentlich wird auf europäische Rechtsstandards verwiesen, die angeblich durch die Enteignung der Vertriebenen verletzt würden. Der EG-Vertrag besagt jedoch

das glatte Gegenteil: »Dieser Vertrag läßt die Eigentumsordnung in den verschiedenen Mitgliedsstaaten unberührt.«

Und das ist auch gut so.

Eine Formel im Beitrittsvertrag, die auf die Aufhebung der Dekrete zielen würde, wäre ein Einfallstor für Entschädigungsforderungen. Damit würden von den Siegermächten beschlossene Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges für Deutschland zu einem weiteren Teil wieder rückgängig gemacht werden.

Prag befürwortete anfangs die Formel »erloschene Dekrete«, mit der diese nicht ausdrücklich aufgehoben werden, sondern klargestellt wird, dass die Entscheidungen wirksam bleiben und Teil der Geschichte sind.

Damit wäre auch den Ergebnissen eines Treffens zwischen dem tschechischen Regierungschef Milos Zeman und dem deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder entsprochen: Anfang 1999 hatte Schröder »so wie er einen Scherz über das Wetter machen würde, eine kleine historische Sensation bekannt gegeben« (FAZ). Weder die BRD noch die Tschechische Republik wollten künftig finanzielle Forderungen mit Blick auf die Vergangenheit aneinander richten.

Vor drei Jahren hatte der deutsche Bundeskanzler offensichtlich noch nicht berücksichtigt, wie weit Deutschland bis zum Ende der rot-grünen Regierungsperiode gehen würde, was das Auslösen der Nazi-Vergangenheit aus dem kollektiven Gedächtnis betrifft.

Heute folgt der Bundeskanzler statt voreilig Frieden mit Nazi-Opfern zu schliessen lieber den Aufrufen der rechten Opposition und sagt seinen Besuch

in der Tschechischen Republik ab.

Das ist eines von vielen Anzeichen

dafür, wie sich das politische Klima in Deutschland gerade bezüglich der Bewertung der faschistischen Vergangenheit in den letzten drei Jahren verändert hat. Auschwitz wurde von Rot-grün im Angriffskrieg gegen Jugoslawien als positiver Standortfaktor benutzt, mit dem sich weitere Kriege begründen lassen. Damit macht die Bundesregierung Täter zu Opfern.

In der deutschen und europäischen Diskussion über die Bedeutung der Benes-Dekrete werden die Sudetendeutschen inzwischen meist als Opfer begriffen. Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten dagegen lösen ein Erdbeben aus, obwohl er doch nur die Wahrheit sagt. ◀

... werden die Sudetendeutschen nicht nur als fünfte Kolonne Hitlers, sondern auch als vierter Stamm Bayerns bezeichnet.

... wird in der österreichischen Linken eine lebhaftige Diskussion über den Umgang der Benes-Dekrete mit AntifaschistInnen geführt.

... können »Deutschstämmige« in der Tschechoslowakei in führende Ämter gelangen: Vaclav Klaus (Parlamentspräsident, Ministerpräsident), Jiri Dienstbier (Außenminister) oder Miloslav Ransdorf (KP-Vorsitzender) sind Beispiele dafür.

... sind in der Tschechischen Republik im Juni Parlamentswahlen.

Rechtspopulisten pilgern nach Ungarn

Drohungen aus dem Europäischen Parlament

Mit Copyright und Patenten gegen Selbstbestimmung und Privatsphäre

Patentrezepte für die Überwachung

Immer dichter wird das Netz von Vorschriften zur Patentierung und zur urheberrechtlichen Unzugänglichmachung digitaler Informationen gewoben, immer härter werden diejenigen bestraft, die sich dagegen zur Wehr setzen. Das soll der Contents-Industrie zu Gewinnen aus dem Internet verhelfen – und Überwachungsbehörden zum Zugriff auf die Festplatten der Computer-NutzerInnen



Letzte Selbstschutzmaßnahme Vermummung vor dem Monitor?

■ **Sie kaufen ein Buch.** Anschließend ist es Ihnen verboten das Buch zu verleihen oder weiter zu verkaufen, es sich vorlesen zu lassen, Teile davon abzuschreiben oder auch nur, es in ein anderes Regal zu stellen. Nach einer bestimmten Zeit zerstört sich das Buch selbst.

Klingt nach einem totalen Kontroll-Staat wie in Ray Bradburys Klassiker »Fahrenheit 451«, wo Einsatztrupps Häuser von LeserInnen stürmen, um illegale Bücher zu verbrennen? Für die BenutzerInnen so genannter »eBooks« ist dergleichen bereits Realität. Und wenn Planungen der Europäischen Union umgesetzt werden, dann könnte es bald gesetzlicher Standard sein:

Am 06.03.2002 trat der weltweite WIPO-Urheberrechtsvertrag in Kraft. Die 1996 ausgehandelte Vereinbarung hat sich nicht weniger vorgenommen, als »das Copyright ins digitale Zeitalter zu bringen« und deckt neben Kunst, Literatur und Filmen auch Computer-Software ab. Die Unterzeichner-Staaten verpflichten sich, gegen so genannte »Internet-Piraterie« vorzugehen, indem sie »unauto-

risiertes Kopieren und Benützen von Werken verhindern und die Zahlung von Tantiemen sicherstellen«.

Der WIPO-Vertrag war die Initialzündung für eine ganze Reihe von ähnlichen Verträgen und Gesetzeswerken auf verschiedenen Ebenen (siehe Kasten Seite 5), die ein Ziel gemeinsam haben: NutzerInnen von Computern und Internet insoweit die Verfügungsgewalt über ihr Gerät zu entziehen, als verhindert werden soll, dass sie es benützen, um Copyright-geschützte Werke zu kopieren, weiterzugeben oder auch nur zu konsumieren.

Bislang hat noch kein EU-Staat den WIPO-Vertrag unterzeichnet, dafür ist die EU mit der Umsetzung bereits vorgeprescht. Schon im Juni 2001 trat mit ausdrücklicher Bezugnahme auf den WIPO-Vertrag die EU-Direktive 2001/29/EG »Zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft« in Kraft. Auch hier geht es darum, wie verhindert werden kann, dass NutzerInnen geistige Erzeugnisse kopieren, selbst dann, wenn sie diese le-

gal erworben haben. Die Direktive geht noch einen Schritt weiter als der WIPO-Vertrag, indem sie konkret vorschreibt, dass dieser Kopierschutz auf technischem Weg zu erfolgen hat: In Artikel 6 (»Pflichten in Bezug auf technische Maßnahmen«) verpflichten sich die Mitgliedstaaten, jedeN zu bestrafen, der wesentlich technischen Kopierschutz umgeht.

Nicht mehr das Urheberrecht wird hier harmonisiert – wie es im Titel heißt –, sondern es wird ein rechtlicher Rahmen für das von der Industrie so genannte »Digital Rights Management« geschaffen. Darunter versteht man Systeme, die den Zugang zu solchen Informationen sperren, die ihrer Meinung nach aus urheberrechtlichen Gründen nicht zugänglich sein dürfen. Abgesehen davon, dass auf diese Weise die NutzerInnen von technischem Gerät entmündigt werden, lässt sich dasselbe Mittel auch für eine unaufwändige Form der Zensur benützen: Ein Staat muss lediglich die Urheberrechte für ein Werk erwerben – so wie etwa der Freistaat Bayern die Rechte an Hitlers »Mein Kampf« hält – und schon wird Standard-Software auf der ganzen Welt den Zugriff verweigern.

Viel häufiger wird es freilich vorkommen, dass man diskret zur Zahlung einer angemessenen Geldsumme aufgefordert wird, um eine bestimmte Datei freizuschalten. Die Erwartung, dass Information die Ware der Zukunft schlechthin sein wird, ist vielleicht das letzte Überbleibsel der Internet-Euphorie der späten neunziger Jahre. Und im Standort-Wettbewerb um die Vermarktung dieser Ware möchte die EU ganz vorne mitspielen. Hat man sich doch nichts Geringeres vorgenommen, als »die wettbewerbsfähigste wissensbasierte Gesellschaft der Welt« zu werden.

Das Problem an der Sache: Das Internet fördert von seiner Struktur her eher den freien Austausch von Informationen als deren Vermarktung, zu deren Voraussetzungen ja gerade die Knappheit der Ware Information gehören würde. Also muss man die Ware künstlich ver-

Kritische Links und Informationen zur EU-Copyright-Direktive
<http://www.openrevolt.org>

Links zu Software-Patenten von der League for Programming Freedom
<http://lpf.ai.mit.edu/Patents/patents.html>

Der fast schon legendäre Aufsatz »Why Patents Are Bad for Software« von Simon Garfinkel, Richard Stallman und Mitchell Kapor
<http://lpf.ai.mit.edu/Links/prep.ai.mit.edu/issues.article>

»Saving Europe from Software Patents«, noch ein Aufsatz von Richard Stallman
<http://www.gnu.org/philosophy/saving-europe.html>

Versucht, Druck zu machen gegen Software-Patente in der EU und anderswo
<http://www.freepatents.org/>

Ilka Schröder zu Patenten auf Leben und Biopiraterie
<http://www.ilka.org/material/denkpause/denkpause4d.html>

Ilka Schröder zur bi digitalen Gesellschaft
<http://www.ilka.org/material/denkpause/denkpause7c.html>

Ilka Schröder zur Privacy im Internet
<http://www.ilka.org/themen/infotech.html>

»»»

ISSN: 1439-5363

1.02 Denkpause 4